

Das Problem heisst Migration. Höchste Zeit, es anzupacken!

Die Personenfreizügigkeit in der EU wird wohl nur mit Einschränkungen überhaupt noch zu retten sein



Paul Widmer

Warum schliessen sich Menschen zusammen und bilden einen Staat? Um Schutz zu bekommen. Hat eine Mehrzahl der Bürger das Gefühl, die Regierenden erfüllen dieses Grundanliegen nicht mehr, entstehen schwerwiegende Probleme. Das ist derzeit in der westlichen Gesellschaft der Fall.

Woran liegt das? An der Zuwanderung. Die USA reagierten darauf mit der Wahl von Donald Trump, die Briten mit dem Brexit, die Franzosen mit dem Aufstieg des Front national, die einst so toleranten Holländer mit Zuspruch für Geert Wilders, die Österreicher mit der Fast-Wahl eines Freiheitlichen zum Bundespräsidenten. Die Liste liesse sich fortsetzen. Die Schweiz bildet, siehe Masseneinwanderungsinitiative, keine Ausnahme.

Das Schema ist überall das gleiche: Die einfachen Leute fühlen sich in ihrer Existenz bedroht. Wirtschaftlich, kulturell. Sie rufen nach Schutzmassnahmen. Die politischen Eliten aber wollen davon nichts wissen. Sie verunglimpfen die Arbeiter und die Leute vom

Land als Hinterwäldler und Nationalisten. Damit setzen sie einen Teufelskreis in Gang. Ausgerechnet sie, die den Nationalismus überwinden wollen, treiben mit ihrer Arroganz die Gerügten in die Arme von Nationalisten. Ohne Hillary Clintons Überheblichkeit gäbe es keinen Präsidenten Trump.

Warum fällt es den Regierenden derart schwer, das Problem zu erkennen? Wohl deshalb, weil alle Massnahmen zum Schutz vor einer bedrohlichen Einwanderung an der liberalen Weltordnung rütteln. Diese steht unter dem Fixstern der Globalisierung, das heisst: immer mehr internationale Zusammenarbeit, immer weniger nationalstaatliche Schranken. So ging das lange gut. Doch heute sollte die Einsicht dämmern, dass man nicht fortfahren kann wie bis anhin. Die Bewältigung der Einwanderung wird für einige Staaten zur Existenzfrage, namentlich im EU-Raum. Die EU muss Europa nicht zur Festung ausbauen. Aber sie muss beweisen, dass sie - und nicht Schlepperbanden - die Gesetze des Handelns diktiert.

Doch es geht nicht nur um Flüchtlinge und illegale Einwanderer. Selbst in das Dossier der Personenfreizügigkeit kommt Bewegung. Ist das EU-Credo von den vier Freiheiten wirklich sakrosankt für das Funktionieren eines Binnenmarktes? Das angesehene Bruegel-Institut, eine unabhängige Denkfabrik in Brüssel, verneint die Frage. Ein Binnenmarkt könne auch nur mit den drei Freiheiten für Waren, Dienstleistungen und

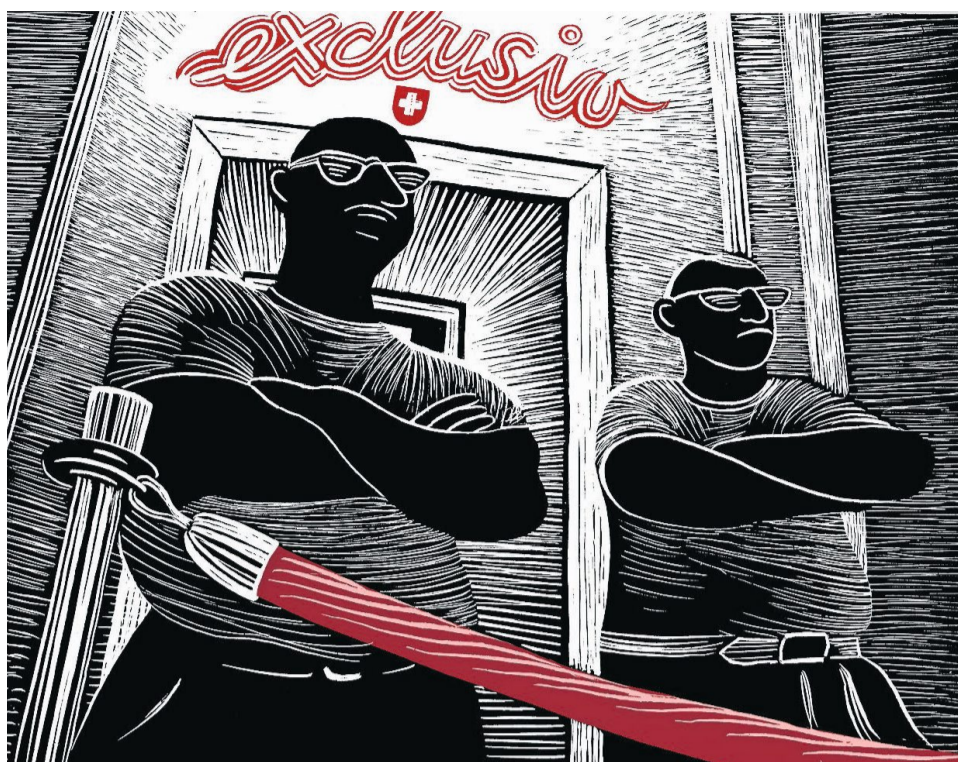
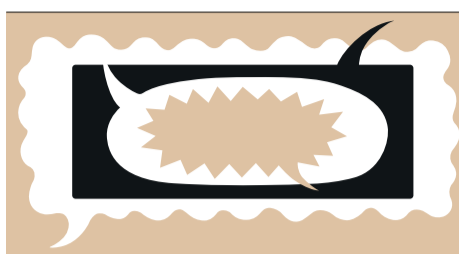


ILLUSTRATION: CARL HOPP



Showdown

Claudia Mäder

Sicher, was in Amerika passiert, ist schlimm. Das infame Beleidigen von Frauen und Ausländern, das komische Kuscheln mit den Russen (und einigen Russinnen), das konsequente Leugnen von sichtbaren Tatsachen - alles durchaus alarmierend. Wirklich erschreckend ist aber, dass in dem dauernden Gepolter aus Übersee unterzugehen droht, was in der Heimat an Haarsträubendem geschieht: Während die Dekrete drüben auf tönernen Füüssen stehen, werden hier aus Holzplanken unumstössliche Fakten gezimmert.

Die Trump-Mauer wird vielleicht irgendwann einmal gebaut - wenn geklärt ist, wie die zwischen 12 und 27 Meter hohen Betonteile über 3200 Kilometer hinweg auch auf sandigen Wüstenböden stabil gehalten werden können; wenn die Mexikaner von diesem architektonischen Meisterwerk derart überzeugt sind, dass sie ihr Kulturförderungs-Budget für das 21. Jahrhundert zu seiner Finanzierung einsetzen; und wenn endlich alle im Weg stehenden Naturschutzgebiete aufgehoben und auch die letzten im Mauergebiet verbliebenen Indianer ausgestorben sind. Das kann Jahre dauern.

Bei uns ist die bauliche Abschottung derweil in vollem Gang. Schon im Oktober haben die Betreiber des Restaurants auf dem Zürichberg mindestens 50 gut und gern an die 12 Meter lange Planken gegen die von allen Seiten her kommende kalte Luft in Stellung gebracht und die Bretter in ihrem Garten zu einem Fondue-Chalet formiert. Innerhalb der engen Grenzen dieser Holzwände wird nun helvetische Heimeligkeit kultiviert und Käse aus Embrach serviert - ohne rechtskräftige Baubewilligung!

Zum Glück ist unsere Demokratie solider als jede Hütte, so dass hier mutige Menschen mit Rekursen gegen die illegalen Mauern ankämpfen. - Das ist ein Fakt: Die Schweiz ist eine alternative Welt.

Kapital funktionieren. Die umstrittene Personenfreizügigkeit hingegen ist anderer Natur. Sie gestattet nicht nur, einen Arbeitsplatz in einem andern Land anzutreten. Es geht um mehr. Sie verschafft auch Zugang zu einem Sozialstaat, der von den Steuerzahlern über Generationen hinweg aufgebaut wurde. Daher wünschen die Empfängerländer vor allem Zuwanderer, die selber zum gesellschaftlichen Wohlergehen beitragen, und nicht solche, die ihnen zur Last fallen. Mit andern Worten: Sie wünschen die Einwanderung zu lenken. Damit ist es freilich um die volle Freizügigkeit geschehen.

Die Schweiz hat das Problem dank der direkten Demokratie frühzeitig erkannt. Das Volk erteilte der obersten Landesbehörde den Auftrag, die Einwanderung mit gewissen Massnahmen zu lenken. Aber Bundesrat und Parlament führten den Verfassungsauftrag nicht aus. Statt in Brüssel zu verhandeln, begnügte man sich damit, dort höflich anzufragen, ob dieser oder jener Vorschlag genehm sei. Und dann sagte man fast erleichtert, es lasse sich nichts machen. Doch das waren keine Verhandlungen. Staaten mit mehr Gestaltungswillen müssen nun zeigen, dass man für die Personenfreizügigkeit eine Lösung finden kann. Denn diese lässt sich nicht mehr im vollen Umfang halten. Das wird von Monat zu Monat sichtbarer.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



Die Schweiz hat das Problem dank der direkten Demokratie frühzeitig erkannt.

Medienkritik

Wollen Sie wirklich mitreden, lieber Leser?



Michael Furger

Die NZZ wird ab nächster Woche die Kommentarspalten auf ihrer Website schliessen. Das liess die Zeitung ihre Leser gestern Samstag wissen. Wer sich künftig zu einem Artikel äussern will, kann das nur noch sehr eingeschränkt tun, in drei moderierten Online-Debatten pro Tag. Es sieht nach einem Befreiungsschlag aus für die NZZ. Dass Online-Kommentare zu einer Belastung für jede Redaktion geworden sind, ist kein Geheimnis. Ein beträchtlicher Teil der Einträge sind hasserfüllt und primitiv und müssen mühsam aussortiert werden. Sogenannte Internet-Trolle besetzen mit Pöbeleien ganze Debatten und vertreiben jeden einigermaßen ernsthaft Interessierten Leser. Wieso also, kann man sich als Redaktion fragen, soll man sich das antun?

Doch so fragen durfte man bisher nicht. Der Austausch mit dem Publikum ist in den letzten Jahren zu einer Art Gottesdienst geworden. Das Publikum soll ein Diskussionspartner auf Augenhöhe sein, beteuerten die Redaktionen. Das Schlagwort Bürgerjournalismus geisterte herum. Der wissende Leser soll die Redaktion auf relevante Themen und Bewegungen aufmerk-



Gut möglich, dass Leserbriefseiten in den nächsten Jahren verschwinden werden.

sam machen, die den Journalisten in ihrer elitären Blase verborgen bleiben. Eine nette Idee, aber sie funktioniert nicht. Gute Storys aus der Leserschaft haben uns in den letzten Jahren kaum erreicht. Die Leistungen des Bürgerjournalisten beschränken sich weitgehend auf Handy-Fotos von Regenbögen oder Kuriositäten, die Boulevardmedien auf ihre Website schalten.

Und dass das Gros der Leser wirklich mitdebattieren will, darauf deutet ebenfalls wenig hin. Online-Diskussionen zu Artikeln driften oft schnell weg vom Thema und zerfludern zu Ansammlungen von absolutistischen Parolen. Der gute alte Leserbrief, der sich mit dem Thema auseinandersetzt, existiert praktisch nicht mehr. Der Leserbriefteil dieser Zeitung wurden kürzlich von zwei auf eine Seite halbiert. Ohne Kommentare, die wir auf unserer Website und auf Facebook finden, könnten wir kaum eine Spalte füllen. Im Vergleich zur Gesamtzahl unseres Publikums machen also Leser, die mitreden wollen, einen verschwindend kleinen Anteil aus. In anderen Zeitungen sieht das Bild ähnlich aus. Gut möglich, dass Leserbriefseiten in den nächsten Jahren verschwinden werden.

Wer sich mitteilen will, findet eine Bühne auf Facebook & Co. Die anderen möchten sich, muss man annehmen, einfach nur informieren oder unterhalten. Dass sie das können, muss das oberste Ziel der Medien bleiben. Und gegen das Übersehen von Themen und Strömungen gibt es für Journalisten einen anderen Trick: Jacke anziehen und zu den Leuten gehen.

Grenzerfahrung

Ich fahre, also bin ich



Barbara Hofmann

Regen hat am Donnerstag im Tessin den Smogalarm beendet und die von Umweltdirektor Claudio Zali (Lega) angeordneten Notmassnahmen ausser Kraft gesetzt. Bis dahin galten Temporeduktionen auf der A 2, Fahrverbote für ältere Dieselfahrzeuge und ein Nulltarif im öffentlichen Verkehr, um die südschweizerischen Lungen zu entlasten. Wer unbedingt ein Auto brauche, solle Fahrgemeinschaften bilden, alle Übrigen sollten Velo fahren oder zu Fuss gehen, hiess es beim Bau- und Umweltdepartement. Doch weder nahm der Verkehr auf den Tessiner Strassen wesentlich ab, noch wurden die gratis angebotenen öffentlichen Verkehrsmittel merklich häufiger benutzt.

So blieben auch die Feinstaubwerte weit über den Grenzmarken. Sicher: Ein grosser Teil des Tessiner Wintersmogs ist nicht hausgemacht. Das zeigt sich daran, dass im Mendrisiotto, das der Lombardei am nächsten liegt, die Zahl der Lungenkrebserkrankungen seit den sechziger Jahren massiv angestiegen ist. Doch Norditalien ist auch nicht allein schuld am Feinstaub im Tessin.

Zalis Dekrete haben nicht nur kaum etwas gebracht, sie haben dem Staatsrat der Lega

auch Widerstand aus der eigenen Partei und von Politikern anderer Couleur eingetragen. Auf das Auto könnten die meisten Tessiner für den Arbeitsweg nicht verzichten, liess sich CVP-Nationalrat Fabio Regazzi zitieren.

Doch das Auto ist für die Tessiner weit mehr als nur ein notwendiges Fortbewegungsmittel. Es ist ein unerschütterliches Fundament der italienischschweizerischen Mentalität. «Ich fahre, also bin ich», ist frei nach René Descartes in dieses Fundament eingemesselt. Wer im Tessin aufs Auto verzichtet, Velo fährt und den immer besser ausgebauten öffentlichen Verkehr benützt, muss mit Fragen rechnen. «Aber warum hast du denn kein Auto?», heisst es etwa mit einem Unterton, als wollte der Fragende wissen, weshalb man im Rollstuhl sitze.

Das Tessin liegt mit 638 Fahrzeugen pro 1000 Einwohner beim Motorisierungsgrad knapp hinter den Kantonen Zug und Schwyz. Viele Haushalte leiden unter einer angespannten Finanzlage - doch verzichten sie nicht aufs Auto, sondern leasen ihren (oder ihre) Personewagen. Bei der Leasingrate liegt das Tessin zusammen mit der Romandie in der Schweiz an vorderster Stelle. Was hingegen die Zahl der verkauften Bahnabonnemente betrifft, bildet es das Schlusslicht. Die Zahl der Velos pro Haushalt lässt sich mangels Meldepflicht weniger genau erfassen. Gemäss Medienberichten ergaben Umfragen jedoch, dass sich in vielen Haushalten ein oder zwei Autos befinden, hingegen kein Velo.

Barbara Hofmann lebt seit über 25 Jahren als freie Journalistin im Kanton Tessin.